

Blätter für deutsche und internationale Politik

Oktober 1996

Monatszeitschrift
Einundvierzigster Jahrgang
Heft 10/1996

Begründet von
Hermann Etzel, Paul Neuhöffer
und Karl Graf v. Westphalen

Herausgegeben von
Günter Gaus, Rudolf Hickel,
Jörg Huffschmid, Walter Jens,
Walter Kreck, Reinhard Kühnl,
Claus Leggewie, Klaus Naumann,
Paul Neuhöffer, Ute Osterkamp,
Jens G. Reich, Helmut Ridder,
Rainer Rilling, Irene Runge,
Friedrich Schorlemmer,
Gerhard Stuby, Marie Veit
und Rosemarie Will

† Hilde Bentele, Gerhard
Gollwitzer, Gerhard Kade,
Reinhard Opitz, Manfred
Pahl-Rugenstein, Hermann
Rauschnig, Hans Rheinfelder,
Robert Scholl, Fritz Strassmann,
Ernst Wolf

Redaktion:
Karl D. Bredthauer,
Arthur Heinrich, Christoph Wagner

Verlag:
Blätter Verlagsgesellschaft mbH
Bertha-von-Suttner-Platz 6
53111 Bonn

Impressum siehe 3. Umschlagseite

Clinton verdient einen New Deal

„Sie haben recht“, pflegte Präsident Franklin Roosevelt seinen liberalen Verbündeten zu sagen, wenn sie ihn um Unterstützung für ihre Gesetzesvorhaben baten. „Nun lassen Sie mich es auch tun.“

Roosevelt drängte die fortschrittlichen Kräfte der Depressions-Ära, zu einem politischen Klima beizutragen, das den Kongreß nötigen würde, den *New-Deal*-Programmen zuzustimmen: der Sozialversicherung, der Bundesbehörde für Arbeitsbeschaffungsprogramme (WPA), dem Wagner-Gesetz zur Regelung der Beziehungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften, dem zivilen Arbeitsdienst, dem Wohngeld und anderen Maßnahmen, die viele Amerikaner damals für höchst radikal, ja sogar für sozialistisch hielten.

Die Liberalen und Linken von heute sollten Roosevelts Rat annehmen. Anstatt sich nur darüber zu beschweren, daß Clinton sich zu weit in die Mitte bewegt oder sich an konservative Kräfte verkauft habe, müssen die fortschrittlichen Kräfte von heute es Clinton leichter machen, sein ursprünglich liberales Programm auch durchzuführen. Das würde bedeuten, daß sie ihre politische Energie auf den Kongreß konzentrieren, und zwar nicht nur, um im November ei-

ne Demokratische Mehrheit zu erreichen, sondern auch um wieder eine progressive Koalition aufzubauen, die das Land in das nächste Jahrhundert führen kann.

Die linken Kreise haben in den vergangenen vier Jahren viel Zeit damit verbracht, Clintons Gesetzeskompromisse anzugreifen. Der Präsident zog den Ärger der Gewerkschaften auf sich, weil er NAFTA unterstützte. Umweltschützer glauben, er kümmere sich weder um den Schutz gefährdeter Arten noch um Gesetze zur Luftreinhaltung. Die Reformgruppe „Common Cause“ griff ihn an, weil er sein Versprechen nicht einhielt, der legalisierten Bestechung, die unser System der Wahlkampffinanzierung ausmacht, ein Ende zu setzen. Schwule und Lesben empfinden Clintons bereitwillige Annahme des Gesetzes zur Verteidigung der Ehe als politische Abfuhr. Viele Bürgermeister und Bürgerrechtsgruppen sind der Ansicht, daß der Präsident unsere heruntergekommenen Innenstädte ignoriere.

Erst kürzlich mußte Clinton die Kritik vieler Liberaler für die Unterzeichnung eines rückschrittlichen Sozialhilfegesetzes, das ohne Zweifel das Wohl von Millionen von Kindern gefährden wird, einstecken. Die Abschaffung der seit 60 Jahren bestehenden Verpflichtung Washingtons, Armen mit Bargeld zu helfen, macht deutlich, glauben sie, daß es Clinton an Bewußtsein und Rückgrat fehle – der endgültige Beweis, daß er hinter der Maske eines „Neuen Demokraten“ zu einem moderaten Republikaner geworden sei.

Ehrgeizige Agenda

Linke haben ein kurzes Gedächtnis. Blicken wir zurück ins Jahr 1993, in dem Clinton, kurz nach seiner Amtsübernahme, ein Regierungsprogramm angekündigt hat, das weit über das hinaus ging, was je von John Kennedy mit der *New Frontier* oder Lyndon Johnson mit der *Great Society* angeboten wurde. Kern-

stück des Programms war ein Vorschlag für eine allgemeine Krankenversicherung, die weitreichendste soziale Reform seit dem Sozialversicherungsprogramm des New Deal. Clinton wollte diese Reform durch eine kräftige Erhöhung der Tabaksteuer finanzieren, der sicherste Weg, das Rauchen bei Teenagern zu reduzieren. Er legte auch einen Entwurf für ein umfangreiches öffentliches Investitionsprogramm vor, um die schlechten Straßen, Brücken, öffentlichen Schulen und Abwassersysteme in Ordnung zu bringen. Wie das WPA-Programm während des New Deal hätte es sofort wirtschaftliches Wachstum in Gang gesetzt und neue Arbeitsplätze geschaffen, die zum überwiegenden Teil in den älteren Städten der USA entstanden wären.

In ihren ersten zwei Jahren verfolgte die Clinton-Administration auch Pläne, die Wahlkampffinanzierung durch reiche Spender und politische Aktionskomitees einzuschränken; die Umsetzung von Anti-Diskriminierungs-Gesetzen zu fördern; den Bestand an preisgünstigen Wohnungen zu erhöhen, was durch kommunale Stadtplaner gefördert werden sollte; die Programme für Ausbildung und für den Übergang zwischen Schule und Arbeit enorm auszuweiten; und ein Programm zu entwickeln, das Impfungen für jedes Kind im Land bieten sollte.

Was wurde aus dieser ehrgeizigen Agenda? Sie wurde im Kongreß durchkreuzt – nicht nur von Republikanern (die damals noch in der Minderheit waren), sondern auch von konservativen und moderaten Demokraten, die sich den Interessen des *big business* verpflichtet fühlen. Sie stellten sich gegen die progressive Besteuerung, gegen die keynesianische Ankurbelung der Wirtschaft und gegen soziale Ausgaben. Solche Abgeordneten sind Sargnägel einer liberalen Regierung.

Die Kritiker vergessen, daß Clinton keine absolute Mehrheit erreicht hat. Er bekam nur 43% der gesamten Stimmen. Seine Versuche, den Einfluß des Amtes zu nutzen, um einen Umschwung der öf-

fentlichen Meinung zu erwirken und Schlüsselfiguren für seine Pläne zu gewinnen, scheiterten. Bei seiner wichtigsten Initiative, der Reform des Gesundheitswesens, wurde Clinton von der Großindustrie, der Versicherungsbranche, und von der Lobby der mittelständischen Unternehmen gestoppt, die ihren Einfluß im Kongreß nutzten, um jegliche Reformen im Keim zu ersticken.

Weil er nicht in der Lage war, seine großen Vorhaben zu verwirklichen, mußte sich der Präsident mit weniger spektakulären Siegen zufrieden geben: Er erweiterte die steuerliche Gutschrift bei der Einkommenssteuer, erhöhte den Mindestlohn, sorgte für die Ausweitung der Förderprogramme für Kleinkinder aus einkommensschwachen Familien, regelte den Kündigungsschutz für streikende Arbeiter neu; weiter wären zu nennen Gesetze zur Erleichterung der Wähler-Registrierung, über Freistellung bei Krankheit oder Krankheit der Kinder, zur Stärkung der Städte, zur Kontrolle des Waffenbesitzes; Clinton hat die Verweigerungshaltung von Banken und Versicherungen gegenüber Bewohnern älterer Stadtteile geknackt und schließlich Ernennungen für den Obersten Gerichtshof mit dem Ziel vorgenommen, die freie Entscheidung der Frauen über Schwangerschaftsabbruch zu erhalten.

Mangel an Prinzipientreue?

1994 erzielte die *Grand Old Party* – die Republikanische Partei – die Mehrheit im Kongreß und Clinton mußte sich noch weiter von seinen Zielen entfernen. Als er im vergangenen Jahr in seiner Erklärung zur Lage der Union ankündigte, daß die „Ära des *big government* vorüber ist“, meinten viele Linke darin den fehlenden Willen und Mangel an Prinzipientreue zu erkennen. Für sie ist die Unterschrift unter das neue Sozialhilfegesetz der Anlaß für die politische Trennung.

Aber diese Linken sollten sich daran erinnern, daß Roosevelt 1932 die Wahlen

nicht gewann, indem er ein fortschrittliches Regierungsprogramm propagierte. Die meisten Punkte seines New-Deal-Programms entwickelte er nach den Kongreßwahlen 1934, deren Ausgang derartige Aktivitäten erst ermöglichte. Die öffentliche Meinung hatte sich in diesen Jahren durch massive Proteste der Linken verändert – durch Kundgebungen, Demonstrationen, zivilen Ungehorsam und Aufrufe zum Wahlboykott seitens der Gewerkschaften, Arbeitslosen, liberalen Reformer und Radikalen. Sie gaben Roosevelt die politische Rückendeckung, die er brauchte, lieferten den Kontrast, in dem er moderat erschien.

Anstatt Bill Clinton zu rügen, müssen die fortschrittlichen Kräfte zusammenarbeiten. Bis zum November bedeutet das, hart zu arbeiten, daß der Präsident wiedergewählt und daß in beide Kammern des Kongresses eine Demokratische

Mehrheit einzieht. Wenn das passiert, können wir ein besseres Sozialhilfegesetz, mehr Hilfe für die Städte, und vielleicht ein bescheidenes Beschäftigungsprogramm erwarten.

Unabhängig davon, ob die Demokraten die Macht im Kongreß zurückerobert oder nicht, sollten die Progressiven keine Wunder erwarten. Solange wir nicht das politische Klima der Nation verändern – und die Zusammensetzung des Kongresses – können wir nicht erwarten, viel mehr zu tun, als das Loch im Deich mit dem Finger zuzuhalten.

Eine wirklich progressive Reform, ein Programm für wirtschaftliches Wachstum und soziale Gerechtigkeit, wird solange nicht stattfinden, wie die liberalen Kräfte keine Mehrheit im Kongreß haben, eine Mehrheit der Demokratischen Partei reicht dafür nicht. Liberale und linke müssen jetzt damit beginnen, auf die Kongreßwahlen 1998 und die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000 hinzuwirken. Dies erfordert, daß liberale und linke Gruppen ihre unablässigen Streitereien aufgeben und für ein gemeinsames Programm und eine gemeinsame Strategie zusammenarbeiten.

Unter seiner neuen Führung hat der Gewerkschaftsverband AFL-CIO bereits diese Richtung eingeschlagen. Er hat sein Organisationspersonal aufgestockt, wichtige Wahlkreise, in denen er besonders aktiv werden will, festgelegt. Und er hat begonnen, die Gewerkschaftsmitglieder für die Wahlen zu mobilisieren. Umweltschützer, Feministinnen, Bürgerrechtsgruppen, Gemeindeforschungsnetzwerke, politische Reformgruppen wie Common Cause und andere müssen ähnliche Schritte unternehmen. Die wichtigste Aufgabe besteht darin, wieder eine Koalition aus armen Stadtbewohnern, Arbeitern der Vorstädte und Liberalen der Mittelklasse zusammenzubekommen und zu mobilisieren.

Wie Newt Gingrich vor mehr als zehn Jahren richtig erkannt hat, erfordert wirklicher Wandel einen langen Marsch, nicht einen Schnellschuß.

Peter Dreier



Antiquariat

im Willy-Brandt-Haus

An- und Verkauf aus unseren Spezialgebieten

- Arbeiterbewegung
- Sozialistika
- Sozialpolitik
- Sozialkritische Literatur
- Zeitgeschichte

* Bitte Katalog anfordern

Wilhelmstraße 140
10963 Berlin
Telefon 030. 252 99 163
030. 252 99 164
Telefax 030. 252 99 872

WILLY-BRANDT-HAUS